



Bern, 17. Juni 2020, von Stephan Suhner

Glencores Nachhaltigkeitsbericht nach wie vor ungenügend

Wenige Tage vor der Aktionärsversammlung vom 2. Juni 2020 veröffentlichte Glencore den 97-seitigen Nachhaltigkeitsbericht für das Jahr 2019¹. Zusammen mit zwölf weiteren Menschenrechts- und Umweltorganisationen hat die ask! in einem Communiqué ernsthafte Bedenken über die Glaubwürdigkeit dieses Berichts geäussert². So hat Glencore verschiedene wichtige menschenrechtliche oder Umweltzwischenfälle nicht erwähnt oder herunter gespielt. Kritisiert haben wir insbesondere – wie schon letztes Jahr – die Definition der „ernsthaften menschenrechtlichen Vorfällen“. 2019 verzeichnete Glencore nach ihrer eigenen Einschätzung keinen einzigen ernsthaften Vorfall. Glencore definiert als ernsthafter menschenrechtlicher Vorfall ein „Todesfall der geschieht als Resultat von irgendeiner Interaktion mit der Gemeinschaft“. Internationale Menschenrechtsstandards definieren ernsthafte Vorfälle viel breiter. Darunter fallen unter anderem auch Verletzungen durch Gewalt, willkürliche Verhaftung, sexuelle Gewalt oder gewaltsames Verschwindenlassen. Die Verantwortliche für Nachhaltigkeit bei Glencore, Anna Krutikov anerkannte 2019 die Notwendigkeit, die Definition zu überarbeiten und andere Menschenrechtsaspekte aufzunehmen. Viel scheint sich seither nicht getan zu haben. Wenn Unternehmen selber definieren, was erwähnenswerte Menschenrechte sind, ist das gravierend.

Glencore verschweigt im Nachhaltigkeitsbericht verschiedene Vorfälle oder erwähnt sie nicht als Menschenrechtsverletzungen oder losgelöst von den Operationen des Unternehmens, so tödliche Unfälle mit handwerklichen Bergleuten auf Konzessionen von Glencore, toxische Abwässer die in benachbarte Felder flossen oder Lastwagenunfälle mit Gefahrguttransporten. Wenige Informationen enthält der Report auch über Korruption und Good Governance, z.B. bezüglich der Untersuchungen der englischen, brasilianischen und US Behörden. Glencore kann nicht einfach nur behaupten, dass sie in Übereinstimmung mit Menschenrechts- und Umweltstandards arbeiten, die Beweislast, dies zu belegen, liegt beim Unternehmen, und der Nachhaltigkeitsbericht 2019 erfüllt dies nicht.

Zu Fragen Anlass geben insbesondere die Ausführungen zu Wassermanagement, Landverbrauch und Menschenrechten. So ist in Kolumbien die Umleitung von Flüssen und Bächen ein äusserst kontroverses Thema, ebenso wie die Wasserknappheit und die Verschmutzung von Wasserquellen allgemein. In der Guajira noch stärker als in Cesar ist die mangelnde Verfügbarkeit von sauberem Wasser eines der Hauptanliegen der Bevölkerung. Ein vor kurzem veröffentlichter Bericht von NGOs verweist auch auf schwere Probleme mit Wassermangel und –Verschmutzung in Argentinien und Peru³. Im Kapitel über Wasser ist dazu nichts zu finden und die mehrheitlich positiven Ausführungen im Nachhaltigkeitsbericht kontrastieren mit dem Wassermangel und den seit Jahren fehlenden Antworten und Lösungen in der Guajira. Umstritten ist ebenso der Landbedarf der Kohleminen in Kolumbien und dessen Einfluss auf Landwirtschaft und Viehzucht, sowie die negativen Auswirkungen der Kohleminen auf tropische Trockenwälder die Fauna und Flora und die Qualität der

¹ <https://www.glencore.com/sustainability/reports-and-presentations>

² <https://www.raid-uk.org/blog/rights-groups-say-glencore-sustainability-report-lacks-credibility>

³ <https://aguapalos pueblos.org/> Auf die Probleme mit Wasserknappheit und Wasserverschmutzung verweist auch der Schattenbericht zu Glencore von 2017: <https://www.pas.org.co/publicaciones>

Wiederbegrünung. Gegen den Mangel an nutzbarem Land und der Einengung des Lebensraums der Indigenen und AfrokolumbianerInnen wurden noch keine Lösungen gefunden. Auch in diesem Punkt zeichnet Glencore ein zu optimistisches Bild.

Im Kapitel zu Menschenrechte und auch unter dem Kapitel „Kohle“ verweist der Bericht auf die Partnerschaften, die Prodeco eingegangen ist, um Frieden und soziale Entwicklung in der Region zu fördern. Obwohl diese Programme durchaus positive Effekte haben können, spricht der Bericht jedoch nicht von den Herausforderungen und kaum vom Impact den die Kohleminen haben können. So wird weder auf die Drohungen gegen soziale Führungspersonen eingegangen, noch auf den Verlust von Einkommensquellen wie Verlust von Ackerland oder Fischen nach Flussumleitungen. Noch warten viele Opfer zudem auf wirkliche Versöhnung, Wahrheit und Wiedergutmachung. Die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht und menschenrechtliche Risikoanalysen respektive Folgeabschätzungen von Prodeco sind kontrovers diskutierte Themen seitens der ask!, macht doch Glencore Prodeco immer noch viel zu wenige Informationen über diese Arbeit publik, z.B. über die entdeckten Risiken und die dagegen getroffenen Massnahmen und Aktionspläne. Im Kapitel über Kohle wird eine menschenrechtliche Risikoanalyse in Südafrika erwähnt, diejenige in Kolumbien aber nicht.

Der Nachhaltigkeitsbericht behandelt auch die Umsiedlungen in Kolumbien und erwähnt, dass 2018 der Umsiedlungsaktionsplan für El Hatillo verabschiedet und 305 von 366 Familien individuelle Umsiedlungsvereinbarungen unterzeichnet haben. Seit 2011 engagiere sich Prodeco auch in der Umsiedlung von Boquerón. Nichts steht jedoch darüber, dass gemäss der Anordnung der kolumbianischen Regierung diese Gemeinschaften seit 2012 hätten umgesiedelt sein sollen, dass El Hatillo weiterhin Umwelt- und Gesundheitsrisiken ausgesetzt ist und die Bergbaukonzerne Boquerón überhaupt nicht mehr umsiedeln wollen. Die wirklichen Probleme und Herausforderungen werden also auch hier nicht erwähnt. Zudem fällt auf, dass weder unter Menschenrechten noch unter dem Kapitel Kohle das Joint Venture Carbones del Cerrejón erwähnt ist, wo es 2019 scharfe Konflikte mit Gemeinschaften und eine beispiellose Serie von Todesdrohungen gegen Bergbaueegner und ethnische GemeinschaftsführerInnen gab.

Im Kapitel über Kohle werden auch sehr positive Aussagen über Sicherheit am Arbeitsplatz und über ein neues Programm „Vida Segura“ gemacht, sowie über ein System zum Monitoring von Müdigkeit in den Lastwagen. Generell wird auch betont, wie Glencore die Gewerkschaftsfreiheit und die Verhandlung von Gesamtarbeitsverträgen weltweit hochhalte. Diese Ausführungen stehen in starken Kontrast zu den Klagen der beiden Gewerkschaften Sintracarbón und Sintramienergetica über mangelnde Sicherheit am Arbeitsplatz, über als diskriminierend empfundene Sicherheitsmassnahmen und über gewerkschaftsfeindliche Praktiken.

Gemeinsames Communiqué von Raid

Rights Groups Say Glencore's Sustainability Report Lacks Credibility

By RAID

- June 2, 2020



Twelve human rights and environmental groups today raised serious concerns about Glencore's newly published Sustainability Report, saying it lacks credibility, ahead of the company's Annual General Meeting on 2 June.

Glencore is one of the largest natural resource companies in the world, operating at 185 sites in over 35 countries. This May, it published its 97-page [Sustainability Report for 2019](#) detailing the economic, environmental and social impacts of the company's activities. Sustainability reports lay out the company's vision on human rights and environmental sustainability and offer a projection of its future performance. Such reports have emerged as a significant measure for investors and stakeholders alike to determine where a company is headed on economic, social and governance (ESG) issues.

Civil society groups said that Glencore omitted crucial human rights and environmental incidents that occurred at a number of its sites and downplayed others. Glencore's claim in the report that it had "zero" serious human rights incidents amid local communities came in for particularly sharp criticism.

Although not described in the report, Glencore appears to apply a narrow definition of what constitutes a "serious human rights incident", [defining](#) it in other company communications in 2019 as a "fatality that occurs as a result of some kind of an interaction with the community". [International human rights law](#) and standards cover a much broader range of abuses, including unlawful death or injuries, sexual violence, enforced disappearance and arbitrary detention, among other clauses.

In 2019 Glencore's Head of Sustainable Development said in [an interview](#) that the company recognised the need to refine the definition to "look at other aspects of human rights" although there is little indication in the recent report to suggest Glencore has done so.

"Glencore's narrow definition of a serious human rights incident is not only wrong in law, but permits the company to report only a fraction of the human rights abuses that occur as part of its operations," said Anneke Van Woudenberg, Executive Director of UK corporate watchdog, [RAID](#). "When companies set their own definition of what is a human rights incident, it should ring alarm bells for shareholders and investors."



Despite disclosing “zero serious human rights incident”, Glencore’s report mentions two deadly incidents that occurred at its mining site or within its wider operations, without recording them as serious human rights incidents or linking them to its operations. This includes a case in [June 2019](#) at the Katanga Copper Company (KCC) site in the Democratic Republic of Congo, where at least 30 artisanal miners died after a mineshaft collapsed. Another case in [February 2019](#) occurred when a truck transporting sulphuric acid to Glencore’s Mutanda Mine in Congo crashed and spilled its contents onto two vehicles, including a local bus, killing at least 21 people. Neither of these events were recorded by Glencore as a serious human rights incident.

Glencore states that its Sustainability Report seeks to include “every incident in the period when it occurs”, yet it also omitted [reports](#) by civil society and local communities of a toxic wastewater spill at its Badila oilfield in Chad in both its 2018 Sustainability Report and its recent report, despite receiving detailed correspondence and other communications following the incident. The spill in September 2018 allegedly caused serious injuries to dozens of local residents, including children, who suffered burns and other skin lesions. Glencore provided a detailed analysis of its grievance mechanism at the Badila operation, and a breakdown of the complaints received, but left out the testimony of injured residents from its calculations.

Glencore’s report further disregarded serious concerns of human rights violations raised by local communities and [workers](#) at some of Glencore’s sites including unsustainable mining practices and working conditions. There is no mention of a [class action](#) issued in the US by parents and children from Congo accusing Glencore and other companies of producing and selling cobalt mined under hazardous conditions. This action also drew attention to forced labour imposed on young children, resulting in serious injuries and sometimes death.

Glencore also provides very little information on corruption and other governance issues that the company faces. Apart from a few brief lines in the Chairman’s introduction to the report, there is no additional information about the opening of an [investigation](#) by the UK Serious Fraud Office in December 2019 into “suspicions of bribery” nor the launch of investigations by US and Brazilian [authorities](#) into possible corruption by Glencore in the so-called “Car Wash” scandal, nor the investigation by the US Commodity Futures Trading Commission ([CFTC](#)) into possible corrupt practices. To compound this Glencore provided no details about the effectiveness of any steps taken since Canadian regulators [fined](#) a Glencore subsidiary, Katanga Mining Ltd, in December 2018 for misstating production figures and hiding from investors the risks of doing business with Dan Gertler, a notorious Israeli businessman named as a co-conspirator in a corruption case in the US.

Glencore’s failure to provide information relating to these incidents of corruption show little commitment to transparency, the civil society groups said.

“A company’s Sustainability Report should be a genuine disclosure of its environmental, social and governance performance, not a self-promoting glossy brochure,” Emmanuel Umpula, Director African Resources Watch ([AFREWATCH](#)) in Congo. “Glencore cannot simply claim it is aligned with human rights and sustainability standards; the onus is on the company to demonstrate it, which this latest Sustainability Report fails to do.”

The civil society groups concluded that Glencore’s omissions and its downplaying of serious environmental, social and governance concerns can obscure facts from investors ahead of its AGM.

The groups called on Glencore to:

- Ensure that its definition of ‘serious human rights incident’ is in line with human rights law and standards;
- Fully disclose all environmental, social and governance incidents that impact the company, as well as how its operations have impacted, or risk impacting, its stakeholders;
- Examine where it has failed to report a serious human rights incident, and to publicly report what steps it has taken to assess and provide redress for those impacted.